

Bundesnetzwerk der unabhängigen Beschwerdestellen Psychiatrie

Bundes-Treffen im BTZ in Köln-Ehrenfeld am 6. November 2018 um 11 Uhr

Protokoll

anwesend sind:

Karin Haehn, Verden
Ruth Fricke, Herford
Barbara Kubbutat, Bremen
Brigitte Mielke, Berlin- Spandau
Eugen Biniasz-Schween, Hildesheim
Jan Elsner, EUTB Hürth
Sandra Bayer, EUTB Hürth
Georg Schulte-Kemna, Stuttgart
Claus Welfing, Detmold
Alfred Pintscher, Velbert
Vicky Pullen, Köln
Heinz Hofmeister, Gelnhausen
Ellen Messerschmitt, Gelnhausen
Ulrich Jordan, Bad Segeberg

TOP 1 Frau Haehn eröffnet die Sitzung um 11 Uhr, begrüßt alle Teilnehmer-innen und regt eine Vorstellungsrunde an.

Vorstellungsrunde:

In Baden-Württemberg sind die Kreise verpflichtet Beschwerde- und Beratungsstellen einzurichten. Die Rolle der Patientenfürsprecher gegenüber den Beschwerdestellen ist nicht überall eindeutig. Es finden landesweit organisierte Treffen der Beschwerdestellen statt. Die Beschwerdestellen haben unterschiedliche eigene Strukturen. Für Angehörige und Psych. Erfahrene bestehen große Einflussmöglichkeiten.
Das Land Baden-Württemberg hat 45 Beschwerdestellen, die vernetzt sind.

Die Beschwerdestelle Lippe in Nordrhein-Westfalen hat durch Fördergelder vom dortigen LV der Psych. Erfahrenen und dem Kreis Lippe-Detmold eine (kleine) Koordinatoren-Stelle für einen EX-In Absolventen geschaffen.

Die Beschwerdestelle in Herford mit Frau Fricke besteht seit April 2000. Früher gab es eine wöchentlich Sprechstunde. Heute wird Fall-bezogen spontan gehandelt, mit Telefon-Absprache und zeit-nahem Beschwerdestellentreffen.

Herr Pintscher beteiligt sich über den GPV (Gemeinde-Psychiatrischen-Verbund) ehrenamtlich am Beschwerdewesen. Die AOK-Reinland, als sein Arbeitgeber, unterstützt das. Die Beschwerdestelle ist trialogisch besetzt und trifft sich monatlich und kontaktet über Telefon und E-Mail.

In Köln ist die Beschwerdestelle der regionalen PSAG angegliedert. Sie arbeitet trialogisch und berichtet regelmäßig der PSAG. Sie trifft sich monatlich. Wie an vielen anderen Orten auch, besteht ein Nachwuchs-Kräfte-Mangel an Psychiatrie-Profis für das Beschwerdewesen.

Aus Hildesheim wird Positives berichtet. Es besteht eine enge Zusammenarbeit mit dem Sozial-Psychiatrischen-Dienst. Die Beschwerdestelle tagt zweimal im Monat. Die Anzahl der Beschwerden hat sich verringert.

In Verden, wo Frau Haehn wohnt, gibt es z.Z. keine Beschwerdestelle.

Im Main-Kinzig Kreis in Hessen besteht eine trialogisch besetzte Beschwerdestelle mit 10 Personen, die sich jeweils zu 2 Personen um Beschwerden kümmern. Der Auftraggeber ist der dortige GPV (Gemeinde-Psychiatrischer-Verbund)..

Die Beschwerdestelle in Berlin-Spandau wurde neu aufgebaut. Sie ist seit Juli 2017 in Betrieb. Zwei Psychiatrie-Erfahrene haben nach einer EX-In - Ausbildung eine Beratungs- und Beschwerdestelle mit aufgebaut. Neben der Beschwerdestellen-Tätigkeit wird eine Beratungsarbeit angeboten, die im bescheidenen Rahmen finanziert wird. Die Beschwerdestelle ist hoch frequentiert.

Der Kreis Segeberg hat seit vielen Jahren eine Beschwerdestelle mit z.Z. 9 Teilnehmern. Die Gruppe trifft sich monatlich.

Schleswig-Holstein hat in fast jedem Kreis eine Beschwerdestelle. Über den Landesverband der Beschwerdestellen in S-H e.V. werden bescheidene Landes-Mittel an die Kreis-weiten Beschwerdestellen verteilt.

Das Land Bremen unterstützt mit bescheidenen Mitteln im Rahmen eines zwei-jährigen Modellversuchs den Aufbau eines Fürsprache- und Beschwerdewesens. In Bremerhaven und in zwei von fünf Regionen in der Stadt Bremen sind Beschwerde-BearbeiterInnen tätig. In einer von den zwei Regionen gibt es eine Kooperation mit einer EUTB-Stelle (Selbstbestimmtes Leben e.V.). Der Landesverband Bremen der DGSP unterstützt die Initiative zur Gründung unabhängiger Beschwerdestellen, indem er die Fahrtkosten zu den Netzwerktreffen übernimmt.

In Hessen, Niedersachsen, Bayern und Baden Württemberg ist das Beschwerdewesen rechtlich geregelt und damit in diesen Bundesländern flächendeckend wirksam.

TOP 2 Möglichkeiten und Grenzen der EUTB-Stellen

Herr Jan Elser trägt sein Referat zum Thema EUTB vor. Der Erft-Kreis hat ein eigenes EUTB-System. Träger der EUTB Maßnahme ist ein breit aufgestellter Träger-Verbund. Ein wesentliches personelles Mittel sind bezahlte Stellen mit Peer-Beratern.

Die EUTB-MitarbeiterInnen beraten über die Leistungsangebote gemäß Bundesteilhabe-Gesetz. Sie begleiten Ratsuchende bei Bedarf zu den zuständigen Stellen. Das alleinige Weisungsrecht gegenüber den MitarbeiterInnen liegt beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales und nicht bei der Fachstelle in Berlin. Diese dürfen als Peers bei einem ablehnenden Bescheid nicht zu einem Widerspruch raten und auch nicht beim Aufsetzen des Widerspruchs aktiv behilflich sein.

Diese Anweisung stieß bei den Anwesenden auf Unverständnis und regte die nachfolgenden Diskussion an. Die Anweisung lässt sich vermutlich aus dem Status der Peers erklären, der keinen staatlich anerkannten Ausbildungsabschluss voraussetzt. Ist Hilfe beim Formulieren des Widerspruchs notwendig, sind Anwälte und anerkannte Beratungsorganisationen zuständig.

Psychiatrische Beschwerdestellen sind keine Rechts-Beratungsstellen. Die Rechts-Beratung ist den Beschwerdestellen-MitarbeiterInnen nicht erlaubt. Eine enge Zusammenarbeit zwischen Beschwerdestellen und EUTB-Stellen scheint sinnvoll zu sein. Die Schnittstelle zwischen bezahlter und ehrenamtlicher Tätigkeit wird zu diskutieren sein.

Kritisch wird von den Anwesenden gesehen, dass die sogen. GenesungsbegleiterInnen nicht selten in einer EUTB-Stelle arbeiten, u.a. weil ihre Tätigkeit dort mindestens auf Minijob-Basis entlohnt wird.

TOP 3 Organisationsform der Beschwerdestellen

Ulrich Jordan Vorstandsmitglied des Landesverbandes der Beschwerdestellen Schleswig-Holstein e.V. trägt vor:

Beschwerdestellen benötigen einen Organisations-Hintergrund. Erforderlich sind Telefon, Computer, Postadresse, Büro und Sitzungsraum mit Heizung und ähnlichem, auch Briefmarken und Fahrmöglichkeiten gehören dazu.

In Bad Segeberg z.B. benutzt die Beschwerdestelle Sitzungs-Räume im Gebäude der Kreis-Verwaltung und die Logistik einer Betreuungs-Einrichtung.

Eine Mitgliedschaft in den regional bestehenden Spitzenverbänden der freien Wohlfahrtspflege ist denkbar, besonders für eine als Verein tätige Beschwerdestelle. Ein Vorteil der korporativen Mitgliedschaft könnte die Nutzung der Organisation sein – Nachteil die evtl. Abhängigkeiten bei Anbietern größerer psychiatrischer Maßnahmen und das Schicksal 5tes Rad am Wagen zu sein. Mitgliedschaft kostet in aller Regel Mitgliedsbeiträge.

Berlin hat sich eine hauptamtliche zentrale Beschwerde- und Beratungsstelle geschaffen. Sie ist einflussreich und von außen betrachtet, relativ unabhängig, sie hat eine große Organisationskraft.

Berlin -Spandau seit dem letztem Jahr und Lippe-Detmold in Zukunft haben sich mittels einer Ex-In-Personal-Variante, d.h. bezahlten (nebenamtlichen) Kräften, eine Beschwerdestelle und Beratungsstelle geschaffen. Mit einer solchen Variante ist die notwendige Organisationskraft vorhanden. Anfangs ein kleiner Kreis – er ließe sich erweitern.

Viele Beschwerdestellen in Deutschland sind durch die örtlich oft vorhandenen GPV (Gemeindepsychiatrischen Verbände) und PSAG (Psycho-Sozialen Arbeitsgemeinschaften) beauftragt. Die Beschwerdestelle wäre dort am Ehesten unabhängig von Einzelanbietern. Diese beiden Gruppierungen werden in aller Regel von Kreisverwaltungen und wirtschaftlich tätigen Anbietern geprägt und wären damit in der Lage die organisatorischen Ansprüche von Beschwerdestellen zu erfüllen.

TOP 4 Sachstand zum Fortbildungsantrag der DGSP bei Aktion Mensch

Für die stattfindenden Treffen der Beschwerdestellen auf Länder-übergreifender Ebene ist es künftig erforderlich eine Struktur zu schaffen, die die Sitzungen einfacher organisierbar macht.

Eines der Probleme sind Kosten die für eine solche Fortbildungsveranstaltung anfallen (z.B. Mieten und Medienkosten) und auch Teilnehmer -bezogene Kosten, die besonders für ehrenamtlich tätige Mitarbeiter in Beschwerdestellen eine Reise an einen weit entfernten Ort unmöglich machen.

Bei der Aktion Mensch wurde durch die DGSP ein entsprechender Antrag gestellt. Eine konkrete Antwort ist noch nicht da.

Das SprecherInnen-Team wird diesen Antrag weiter verfolgen.

TOP 5 Wahl zur Vervollständigung des SprecherInnen-Rats

Frau Brigitte Mielke aus Berlin-Spandau wird einstimmig in die SprecherInnen-Gruppe gewählt. Somit sind dort sechs Personen vertreten: Frau Haehn, Frau Fricke, Frau Kubbutat, Frau Mielke, Herr Kreißig und Herr Jordan.

TOP 6 Offene Themen -(wünsche), Organisation und Termin für das nächste Treffens

das nächste Treffen soll am 19. März 2019 in (Hanau wurde zwischenzeitlich geändert) in Fulda in Hessen stattfinden.

Die gesetzlichen Regelungen der Psychiatrie-Gesetze in den Bundes-Ländern wurden bereits zusammengetragen und vom Team um Frau Rossmann in eine Datei gefügt. Die Datei gibt auch Auskunft, inwieweit sich die einzelnen Bundesländer zum Erfordernis von unabhängigen Beschwerdestellen bekennen. Bundesländer mit neueren Regelungen lassen sich leicht in die übersichtliche Datensammlung einarbeiten und per Mail verschicken.

Allgemeines:

Dieses Protokoll soll auch an die EUTB-Stelle im Erft-Kreis in Hürth bei Köln gesendet werden.

Bericht des SprecherInnen-Kreises:

Vorrangig wurde vom SprecherInnen-Team das Treffen des Bundesnetzwerkes in Köln vorbereitet.

Herr Donath pflegt die Daten in die Homepage: [Bundesnetzwerk unabhängiger Beschwerdestellen Psychiatrie](#) ein. Er benötigt die wichtigen aktuellen Daten und Änderungen unter seiner mail-Adresse: christoph.donath@gmail.com .

Herr Donath bittet alle Interessenten ihre Einträge im Internet auf Vollständigkeit und Richtigkeit zu überprüfen.

Die Einladungen zu den Bundesnetzwerk-Treffen wird weiterhin die BIP in Berlin veranlassen. Infos dazu an: rossmanith@psychiatrie-beschwerde.de (Frau Rossmanith).

Ein Logo sollte für die Homepage erfunden werden. z.Z. firmiert das Netzwerk unter dem DGSP-Logo.

Frau Haehn erinnert an die DGSP- Grundsätze zu Beschwerdestellen: Sie sollten für jede Beschwerdestellenarbeit gelten.

Das Thema im nächsten Jahr könnte sein:

- Schnittstelle-Somatik Patientenfürsprecher
- Beschwerdestellen für Kinder-und Jugendliche
- Geronto-Psychiatrie
- PsychKG-Unterschiede in den Bundesländern
- Grundsatzfragen der Beschwerdestellen

Ende der Sitzung um 16:30 Uhr.

Protokoll: Ulrich Jordan (Landesverband der Beschwerdestellen S-H e.V.) mit Hilfe von Frau Kubbutat.